Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2746**

15. Wahlperiode 23. 03. 2004

Antrag

der Abgeordneten Peter Weiß (Emmendingen), Dr. Christian Ruck, Dr. Ralf Brauksiepe, Hartwig Fischer (Göttingen), Siefried Helias, Rudolf Kraus, Dr. Conny Mayer (Baiersbronn), Sibylle Pfeiffer, Christa Reichard (Dresden), Rainer Eppelmann, Dr. Egon Jüttner, Arnold Vaatz und der Fraktion der CDU/CSU

Chance zum demokratischen Neubeginn in Haiti unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Haiti ist eines der ärmsten Länder der Welt. Das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen betrug 2003 nach Angaben des Internationalen Währungsfonds 400 US-Dollar. 75 Prozent der erwerbsfähigen Haitianer sind arbeitslos. Die Analphabetenquote liegt bei rund 50 Prozent. Auf dem Entwicklungsindex der Vereinten Nationen liegt Haiti damit auf Rang 150 von 175 erfassten Staaten.

Nach der jahrzehntelangen Gewaltherrschaft der Familie Duvalier war das Land auch nach der erfolgreichen Absetzung des Diktators „Baby Doc“ Jean-Claude Duvalier 1990 und der Wahl von Präsident Jean Bertrand Aristide politisch äußerst instabil geblieben. Die offensichtlichen eklatanten Schwächen der Regierung Aristide haben das Land zuletzt in immer tiefere Armut, Korruption und Unregierbarkeit geführt. Die erneute Wahl Aristides im Jahr 2000 wurde von internationalen Beobachtern hinsichtlich der Wahrung demokratischer Verfahrensgrundsätze kritisiert. Parallel zum wirtschaftlichen und sozialen Verfall des Landes entwickelte sich eine stark wachsende Schattenwirtschaft verbunden mit einer steigenden Bedeutung Haitis als Umschlagplatz des internationalen Drogenhandels. In den zurückliegenden Jahren erlebte Haiti eine immer weiter fortschreitende Fragmentierung der Macht. Bewaffnete Banden begannen damit, sich dem Zugriff der Regierung zu entziehen und sich eigene Einflussbereiche zu sichern. Gewalt, politische Willkür und Menschenrechtsverletzungen sowohl von Anhängern als auch von Gegnern Jean Bertrand Aristides bestimmten die Verhältnisse.

Die jüngste Eskalation der politischen Krise hat die wirtschaftliche und soziale Lage des Landes weiter verschlechtert. Die humanitäre Situation in einigen Provinzen des Landes ist kritisch. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen und der Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung haben Präsident Jean Bertrand Aristide veranlasst, am 1. März 2004 das Land zu verlassen. Die Amtsaufgabe Jean Bertrand Aristides, die Entsendung einer von den USA geführten Friedenstruppe auf der Grundlage der VN-Resolution 1529 vom 29. Februar 2004 und die Bildung einer Übergangsregierung müssen Anlass sein, dass sich die internationale Gemeinschaft jetzt entschlossen und mit langem Atem der Herausforderung in Haiti stellt. Es muss verhindert werden, dass Haiti zu einem gescheiterten Staat mit allen regionalen Risiken wird, stattdessen eine Entwick-

lung zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Stabilität eingeleitet und damit dem leidgeprüften Volk Haitis eine Zukunftsperspektive eröffnet wird. Dabei müssen die strukturellen Konfliktursachen des Landes, die weiterhin eine Bedrohung für die politische und soziale Entwicklung Haitis darstellen, überwunden werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sobald es die Bedingungen des Cotonou-Abkommens zulassen, in der Europäischen Union darauf zu drängen, dass die Entwicklungszusammenarbeit der EU unter diesem Abkommen wieder voll aufgenommen wird;
2. ihre Pläne, Haiti gänzlich aus der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auszusondern, aufzugeben und Haiti stattdessen wieder in die Gruppe der Kooperationsländer der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit aufzunehmen;
3. weiterhin Mittel bereitzustellen, um zur Verbesserung der prekären humanitären Situation in Haiti beizutragen;
4. die Vereinten Nationen bei Ausarbeitung und Umsetzung eines Aktionsprogrammes für Haiti gemäß Nummer 4 der VN-Resolution 1529 (2004) zu unterstützen;
5. gegenüber der haitianischen Übergangsregierung auf eine sofortige und umfassende Verbesserung der Sicherheitslage insbesondere durch ein umfangreiches Entwaffnungsprogramm sowie durch die Aufklärung und Verfolgung politischer Verbrechen und Gewaltakte der Vergangenheit hinzuwirken;
6. die haitianische Übergangsregierung zu drängen, die Einhaltung der Bürger- und Menschenrechte zu gewährleisten;
7. darauf zu drängen, dass die haitianische Übergangsregierung die Forderungen der Organisation Amerikanischer Staaten im Geist der VN-Resolution 822 vom 4. September 2002 umgehend erfüllt;
8. darauf zu drängen, dass baldmöglichst die demokratischen Institutionen Haitis wiederhergestellt werden, insbesondere durch die Durchführung baldiger Parlaments- und Präsidentschaftswahlen.

Berlin, 23. März 2004

Peter Weiß (Emmendingen)
Dr. Christian Ruck
Dr. Ralf Brauksiepe
Hartwig Fischer (Göttingen)
Siefried Helias
Rudolf Kraus
Dr. Conny Mayer (Baiersbronn)
Sibylle Pfeiffer
Christa Reichard (Dresden)
Rainer Eppelmann
Dr. Egon Jüttner
Arnold Vaatz
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333